

Sie stehen für Pflanzenschutzmittel ein

HOHENRAIN Schon bald befindet das Schweizer Volk über die Trinkwasserinitiative. Das Ziel der Initianten ist bekannt: Keine Subventionen mehr für Bauern, welche Pestizide einsetzen. Doch was denken konventionelle Grossbauern darüber? Der SB hat zwei getroffen.

von Jonas Hess

Für Schweizer Verhältnisse ist Lukas Leu ein Grossbauer. Die Betriebsgemeinschaft Leu/Anderhub in Günikon bewirtschaftet 59 Hektaren Land. Der Betrieb hat sich auf Milchproduktion spezialisiert. Im modernen Stall stehen 120 Kühe. Um die Tiere mit ausreichend Futter versorgen zu können, baut Leu viel Mais an. Dabei will er optimalen Ertrag generieren und setzt deshalb auf Pflanzenschutzmittel. Vor der Aussaat wird Glyphosat für die Unkrautvernichtung verwendet. Während des Wachstums werden die Pflanzen einmalig mit einem Herbizid behandelt. «Ohne Pflanzenschutzmittel muss ich mit einer Ertragsminderung von bis zu 40 Prozent rechnen», sagt der 39-Jährige. Die Mittel würden sehr gezielt eingesetzt. «Durch eine gezielte Fruchtfolge, spezielle Varianten der Bodenbearbeitung und mechanische Unkrautregulierung wie hacken und striegeln wird der Unkrautdruck schon möglichst tief gehalten um mit einem Minimum an Pflanzenschutzmitteln auszukommen», erklärt Leu.

Dass er massvoll mit den Mitteln umgeht, glauben ihm aber längst nicht alle. «Wenn ich mit der Spritze herumfahre, werde ich nicht selten böse angeschaut.» Leu ist das ein Dorn im Auge. «Die Wertschätzung gegenüber uns Bauern fehlt.» Man müsse deshalb mehr informieren, wie die Landwirte arbeiten und warum es Pflanzenschutzmittel brauche. Aus diesem Grund beteiligt sich der 39-Jährige seit einiger Zeit an der Plakataktion «Pflanzen und Tiere brauchen Schutz», welche von der IG «Bauern Unternehmen» initiiert wurde. «Wir wollen die Bevölkerung aufklären, warum Pflanzenschutzmittel in der produzierenden Landwirtschaft nötig sind.»

Falsche Signale vom Bauernverband

In der Küche von Lukas Leu sitzt Werner Rüttimann. Der Lohnunternehmer aus Oberebersol gilt in der Branche als Pflanzenschutzspezialist und ist Vorstandsmitglied der IG «Bauern Unternehmen». Er kann den Unmut in der Bevölkerung zu einem gewissen Teil verstehen. Anfang Jahr wurde bekannt, dass im Hochdorfer Trinkwasser Abbauprodukte des Fungizids Chlorotha-



Lukas Leu (links) und Werner Rüttimann wollen die Bevölkerung mit Plakaten aufklären. Fotos jh



Ohne Herbizideinsatz wachsen neben dem Mais auch andere Pflanzen und konkurrieren diesen.



Beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bleibt der Boden um die Stängel unkrautfrei.

lonil über dem gesetzlichen Grenzwert gemessen wurde. «Solche Meldungen verunsichern die Bevölkerung.» Insbesondere Wasser sei ein sensibles Thema. Niemand wolle Gift trinken. Auch er nicht. Man müsse aber sehen, dass die heutigen Grenzwerte, insbesondere beim Chlorothalonil, sehr niedrig angesetzt seien. «Die Werte im Wasser sind unbedenklich. Ich habe keine Angst davon zu trinken.» Lukas Leu doppelt nach. «Auch der Berner Kantonschemiker hat klar gesagt, dass man sich keinem Risiko aussetzt, wenn man dieses Wasser konsumiert.»

Ist also alles gut, haben die Bauern keine Fehler gemacht? «Doch», sagt Werner Rüttimann. Es gebe schwarze Schafe, das sei ganz klar. Vor allem wenn es ums Waschen der Pflanzenschutzgeräte gehe, würden immer wieder Fehler gemacht. «Wenn die Maschinen nicht sachgemäss gereinigt werden, kann kontaminiertes Wasser in Bäche oder Quellen gelangen.» Man müsse daher die Landwirte besser aufklären und sensibilisieren. «Eigentlich müsste jeder Bauer einmal pro Jahr eine Schulung absolvieren.» Leider würden hier aber durch verschiedene landwirt-

schaftliche Institutionen falsche Signale ausgesandt, indem gesagt werde, dass dies für die Bauern nicht zumutbar sei. Rüttimann kann diese Aussage nicht verstehen. «Natürlich ist das zumutbar und vor allem sehr wichtig.»

Mehr Import und Phosphor

Werner Rüttimann und Lukas Leu setzen sich für einen «massvollen Einsatz» von Pflanzenschutzmitteln ein. Doch was heisst das genau? «Man soll dann die Mittel einsetzen, wenn es sie wirklich braucht», erklärt Lohnunternehmer Rüttimann. Fahren nach

Kalender, wie es früher üblich war, sei falsch. Auch hier brauche es mehr Aufklärung. «Meiner Meinung nach müsste während der Grundausbildung stärker darauf eingegangen werden.» Ein Lehrgänger habe meistens noch nicht genügend Wissen in diesem Bereich. Aber Erfahrung alleine reicht nicht. Bei den älteren Landwirten beobachtet der 49-Jährige immer wieder, dass sie sich mit den heutigen Gesetzen schwer tun. Hier sei der Lohnunternehmer gefragt, der meist den Pflanzenschutz übernehme. «Mit dem Aktionsplan Pflanzenschutz, der vom Bund momentan ausgearbeitet wird, haften neben dem Bauern neu auch Lohnunternehmer und Fahrer von Pflanzenschutzspritzen.» Rüttimann begrüsst diese Änderung ausdrücklich.

Auch wenn die Bauern noch Handlungsbedarf haben, ist für Lukas Leu und Werner Rüttimann klar: Insgesamt werden Pflanzenschutzmittel in der Schweiz «massvoll» eingesetzt. Eine Annahme der Trinkwasserinitiative schade mehr, als es nütze. «Ich glaube, dass es im Interesse aller ist, dass der Selbstversorgungsgrad möglichst hoch bleibt», sagt Werner Rüttimann. Heute liegt dieser bei 55 Prozent. Schätzungen gehen davon aus, dass bei Annahme der Initiative der Wert auf 40 Prozent sinken würde. «Die Folge wäre, dass viel mehr Lebensmittel importiert werden müssten. Und im Ausland gelten im Bereich Pflanzenschutz grösstenteils viel laschere Gesetze als bei uns.» Das müsse sich der Konsument bewusst sein.

Lukas Leu macht auf ein weiteres Problem aufmerksam. «Wenn ich nicht mehr spritzen dürfte, müsste ich viel mehr hacken.» Da sich seine Felder in Hanglage befinden, würde dies zu mehr Erosion führen, was wiederum einen vermehrten Austritt von Phosphor zur Folge hätte. «Insbesondere in Seenähe, wäre das ein echtes Problem.» Falls die Initiative angenommen wird, wäre Lukas Leu gezwungen, künftig auf den Anbau von circa zehn Hektaren Brotgetreide zu verzichten. Stroh für die Kühe würde er importieren. «Das wäre deutlich günstiger.» Auf Bio umstellen, wäre für Leu keine Option. «Bei der Haltung von Milchkühen muss man auch Medikamente einsetzen, welche im Biobereich zum Teil nicht erlaubt sind.» Die romantische Vorstellung der Initianten, dass ihre Initiative einen Bioboom mit lauter kleinen Betrieben auslösen würde, sei sowieso illusorisch, sagt Werner Rüttimann. Schlussendlich würden die grossen Betriebe noch grösser werden und auf Direktzahlungen verzichten, um voll produzieren zu können. «Die Schere zwischen extensiver und intensiver Landwirtschaft würde noch grösser werden, der Ökologie brächte diese Entwicklung schlussendlich nichts.»

Fünf Seetaler mit Ehrenmeldung

HOHENRAIN Die 109 jungen Bäuerinnen und Bauern erhielten ihre Diplome per Post, da die Berufsbildung Luzern konsequent auf die Durchführung von Diplomfeiern verzichtet, teilt das Berufsbildungszentrum für Natur und Ernährung mit. Die Lehrpersonen des BBZN Hohenrain und Schüpfheim sowie Chefexperte Adrian Klausner freuen sich über die Spitzenergebnisse dieses Jahrgangs. Zur Krönung der Ausbildung konnten Anfang Juli die Praktischen Prüfungen zum Pflanzenbau zentral am BBZN Hohenrain mit einem Monat Verspätung doch noch stattfinden (der «Seetaler Bote» berichtete).

Junge Bäuerinnen und Bauern aus dem Lesergebiet, welche ihre Ausbildung am BBZN abgeschlossen haben: Robin Kaufmann (Ehrenmeldung), Andrin Bühler (beide Hohenrain), Josef Bucheli (Ehrenmeldung), Miguel Müller (beide Rain), Andreas Wigger (Hochdorf, Ehrenmeldung), Joel Lang (Urswil, Ehrenmeldung), Mario Emmenegger (Hildisrieden), Leandro Felber (Römerswil), Jan Felder (Inwil), Jonas Zimmermann, (Kleinwangen). pd

Tempolimiten auf Kantonsstrassen

KANTON/HILDISRIEDEN

FDP-Kantonsrätin Rosy Schmid aus Hildisrieden möchte Details betreffend Sicherheit und flüssiger Verkehrsführung für sämtliche Verkehrsbeitragten wissen. Sie gelangt deshalb mit einer Anfrage an die Luzerner Regierung.

Gut funktionierende Strassenachsen sind ein wesentlicher Garant für die Standortattraktivität, sie machen Quartiere lebenswerter und führen den Verkehr sicher und flüssig, heisst es in einer Mitteilung der FDP Kanton Luzern. Dabei würden sich die Temporegime auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesstrassen stark unterscheiden.

Der Bund sei zuständig für Bundesstrassen zur Verbindung von Landesteilen, die Kantone für Kantonsstrassen zur Verbindung von Regionen und die Gemeinden zur Erschliessung und Verbindung von Ortsteilen und Quartieren. Hauptstrassen dienen dazu, die



FDP-Kantonsrätin Rosy Schmid möchte von der Regierung mehr über Verkehrssicherheit und -führung wissen. Foto pd

Mobilität auf übergeordneter Ebene zu regeln und jederzeit sicherzustellen. Gut funktionierende Strassen seien ein wesentlicher Garant für die Standortattraktivität. Sie ziehen den Verkehr zudem aus den Quartieren. Das Ziel sei

eine sichere, flüssige und effiziente Verkehrsführung und eine klar geregelte Finanzierung.

Es besteht Klärungsbedarf

Im Gegensatz zu Kantonsstrassen könnten Gemeinden auf ihren Gemeindestrassen die maximale Geschwindigkeit von 50 Kilometer pro Stunde belassen oder mit bestimmten Vorgaben auch «Tempo-30» sowie Begegnungszonen mit «Tempo-20» einrichten. FDP-Kantonsrätin Rosy Schmid bittet die Regierung mittels einer Anfrage um Stellungnahme zu den verschiedenen Temporegimen. Bezüglich der Sicherheit sowie flüssigen Verkehrsführung zugunsten verschiedener Verkehrsbeitragten (motorisierter Individualverkehr, öffentlicher Verkehr, Velofahrer, Fussgänger) und den verschiedenen Temporegime bestehe Klärungsbedarf.

Der Fragenkatalog der Anfrage umfasst neben der Finanzierung auch die gesetzlichen Vorgaben, Gründe und Unterschiede der Temporegime bezüglich der Sicherheit für die Verkehrsbe-

teiligten. Rosy Schmid berücksichtigt in der Anfrage unter anderem die Auswirkungen der unterschiedlichen Temporegime auf das individuelle Sicherheitsgefühl, insbesondere auf Schulkinder und ältere Personen sowie den motorisierten Verkehr. Dabei verlangt sie auch eine Gegenüberstellung, wie sich die Anzahl, die Art und die Schwere der Unfälle im direkten Vergleich pro Verkehrszone, auf kantonaler und auf nationaler Ebene entwickelt hat.

Aktuell würden sich zudem die Vorstellungen in der Gesellschaft häufen, in den Ortszentren eine Begegnungszone «Tempo 20» oder «Tempo 30» einzurichten, heisst es in der Mitteilung weiter. Schmid möchte in ihrer Anfrage von der Regierung wissen, in welchen Gemeinden es auf den Kantonsstrassen bereits eine Begegnungszone «Tempo 20» oder «Tempo 30» gibt und wie die Erfahrungen damit sind. Schliesslich berücksichtigt die Kantonsrätin auch, inwiefern die Geschwindigkeitsbeschränkungen zeitlich differenziert umgesetzt werden können. pd